



Das Reichsbanner

ORGAN DES REICHSBANNERS SCHWARZ-ROT-GOLD
BUND AKTIVER DEMOKRATEN E.V. UND DES FREIHEITSBUNDES E.V. BERLIN

Nr. 4 · April 1969 · 13. Jahrg.
Verkaufspreis DM 0,30

Der Kummer mit unserer Bundeswehr

ak. Der Ortsverein Bonn unseres Bundes hatte sich für den ersten seiner diesjährigen Vortragsabende mit geladenen Gästen, – der Ende März stattfand – und die unter dem Motto stehen „Demokraten informieren und diskutieren“, ein besonderes Thema gewählt: „Demokratischer Staat und Bundeswehr“. Als Referent hierfür war ein sachkundiger Politiker, der Bundestagsabgeordnete Wilhelm Dröscher aus Kirn/Nahe, Vorsitzender des SPD-Bereichs Rheinland-Hessen-Nassau, gewonnen worden; ein Bundestagsabgeordneter übrigens, der in seinem Wahlkreis 152 Bad Kreuznach nicht nur direkt gewählt wurde, sondern der bei den Erststimmen für seine Person im Jahre 1965 fast 10000 Stimmen mehr als seine Partei erhielt.

Zu der Veranstaltung waren aus den Reihen der demokratischen Parteien und Organisationen viele jüngere Freunde erschienen. Wilhelm Dröscher verstand es, seine Zuhörer in einer ausgezeichneten Weise mit den Problemen der Landesverteidigung und ihrem Instrument, die Bundeswehr, vertraut zu machen. Er stellte die militärtechnischen Probleme heraus und auch die Stellung der Institution und ihrer Träger in ihrer Bindung an den demokratischen Staat. Besonderes Interesse erweckten auch seine sehr persönlichen Auffassungen über ein hochqualifiziertes Berufsheer.

Auf hohem Niveau wie die Ausführungen des Referenten standen die Diskussionsbeiträge. Es gab Kritik, Zustimmung und Ablehnung – immer gleichbleibend sachlich vorgetragen, ein Musterbeispiel für eine demokratische Auseinandersetzung. Und die Diskutierenden waren den Wehrdienst bejahende und auch ihn ablehnende Bürger.

Unerwartet kam dabei hinzu eine Klage über restaurative Tendenzen in der Bundeswehr – aus dem Munde eines Offiziers. Erfreulich wegen des gezeigten Freimuts, bedrückend wegen der Information aus erster Hand. Und damit kommen wir zum eigentlichen Thema, zum Kummer mit unserer Bundeswehr:

Hatte der Verlauf einer solchen Vortragsveranstaltung unseres Bundes, wie wir ihn vorhin schilderten, das redliche Bemühen aktiver Demokraten gezeigt, für unsere Bundeswehr um Zustimmung und Verständnis zu werben, im Sinne der Bemühungen, diese Bundeswehr nicht wieder zum Spielball und Instrument reaktionärer oder gar halbfaschistischer Kräfte werden zu lassen, so fatal sind dann Situationen in der Bundeswehr, wie sie in den letzten Tagen blitzartig aufgeheilt wurden. Sie sind geeignet, oft mühsam gegen Vorurteile gewonnenes Vertrauen in tiefstes Mißtrauen zu verwandeln.

Wir haben in den letzten zwei Jahren an dieser Stelle des öfteren auf unerfreuliche Vorkommnisse in und um die Bundeswehr hinweisen müssen und hierbei nicht an Kritik gespart. Alle diese Vorkommnisse, das müssen wir leider sagen, wurden zum überwiegenden Teile nicht zufriedenstellend bereinigt. Es gab zuviel Beschönigung, Drumherumreden und auch makabre Kameraderie. Das wird uns aber immer wieder veranlassen, solche Vorkommnisse so darzustellen, wie sie es verdienen. Auch auf die Gefahr hin, nicht nur bei den Gegnern des demokratischen Staates, sondern auch bei manchen Opportunisten als lästig und unbequem verketzert zu werden. Wir handeln aus Besorgnis um unseren demokratischen Staat, den wir nicht noch einmal politischen Filibustern ausgeliefert sehen möchten.

Zwei Vorkommnisse sind es, die jetzt bei allen Demokraten Sorge und Empörung hervorgerufen haben:

- In der Delmenhorster Adelheide-Kaserne sprachen auf Einladung des Kommandeurs im Offizierskasino, im trauten tête a tête zu einem Bildnis Hindenburgs (1969!) drei NPD-Funktionäre vor Offizieren der Bundeswehr. Das „gemütliche Beisammensein“, staatsbürgerlicher Information dienend, wurde nicht dadurch gestört, daß sich die Zuhörer entrüstet und mit obligatorischem Manesmut gegen patriotische Phrasen zur Wehr gesetzt hätten. Nein, der Unbefangene mußte den Eindruck haben

„daß alles so schön im Geiste schwarz-weißbroter Hindenburgdeutscher verlaufen sei“. Das geschah in Delmenhorst, wo nach einem Bericht der Westfälischen Rundschau (SPD) kürzlich 2 junge Leute vor der Lilienthal-Kaserne „von mehr oder weniger (Un-)Bekanntem“ und in Gegenwart von etwa 20 untätig zusehenden Soldaten brutal zusammengeschlagen wurden, weil sie Kriegsdienstverweigerer waren. Aber in welche weitere fatale Lage wird der Herr Kommandeur in der Adelheide-Kaserne kommen, wenn er im Zuge der staatsbürgerlichen Informationen nach den Rechtsextremisten etwa auch die Linksextremisten zu einem gemütlichen Beisammensein bitten sollte!

- Helmut Grashey, Generalmajor und Vize-Inspekteur des Heeres, soll unlängst in der Führungsakademie der Bundeswehr Hamburg-Blankenese eine Rede gegen die Institution des Wehrbeauftragten, gegen die zivile Bundeswehrverwaltung und gegen die Grundsätze der inneren Führung gehalten haben. Nach dem Spiegel (Nr. 15, 1969, S. 33) lautete Grasheys Rezept: „Da die innere Führung und damit das großzügige Disziplinar- und Beschwerderecht anfangs doch nur eine „Konzession an die SPD“ gewesen sei, um die Sozialdemokraten für die Wiederbewaffnung zu gewinnen, müsse die Bundeswehr „diese Maske nun endlich ablegen, die wir uns damals vorgehalten haben“.

Gelinde gesagt, Bedenkliches ist gesprochen worden, das wird nicht mehr bestritten, aber Herr Minister Schröder hat schon die Akten geschlossen, es war wieder soviel „Mißverständnis“ usw. „Der kritisierte Grashey hat jedoch auch Beifall gefunden.“ In befreiender Offenheit habe er die drei Gründe für den beklagenswerten Zustand der Bundeswehr offengelegt“ ließ gestern (11. 4. 69) die NPD verlauten. Diese dubiose Schützenhilfe sollte erst recht Ansporn sein, den Fall restlos aufzuklären“. So die der CDU nahestehende „Bonner Rundschau“ am 11. 4. 1969.

Wir möchten nur hoffen, daß beide Fälle nicht nur im Verteidigungsausschuß, sondern in aller Öffentlichkeit behandelt werden. Klaus Bölling sagte mit Recht in einem Fernsehkommentar, Herr Grashey möge schleunigst seinen Abschied nehmen. Wenn etwa der Geist der Hindenburgdeutschen und der von Seeckt-Fetischisten wieder in die Bundeswehr Einzug hält, ist höchste Wachsamkeit am Platze.

Wir teilen nicht die Auffassung einer guten demokratischen Zeitung die da meint, es handele sich bei diesen Fällen wohl um Einzelfälle und es wäre sicher verfehlt, daraus Schlüsse auf die Geisteshaltung der Bundeswehr insgesamt zu ziehen. Vor einer solchen naiven Meinung, die wir schon so oft gehört haben, kann nur gewarnt werden; es sind schon zu viele „Einzelfälle“ die auf uns zukommen. Und schließlich empfehlen wir denen, die es genau wissen möchten, einmal bei ihren bei der Bundeswehr dienenden Söhnen nachzufragen. Es kommt nicht von ungefähr, wenn junge in der Bundeswehr dienende Soldaten schon die bange Frage stellen, wann denn das Recht zum Widerstand beginne.

II. Bundeskonferenz des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Bund aktiver Demokraten e.V.

18. und 19. Oktober 1969 im Raume Bonn

Die Konferenz wird als interne Arbeitstagung mit einem bildungspolitischen und organisationspolitischen Programm durchgeführt.

Nähere Mitteilungen in nächster Zeit über die Gliederungen des Bundes

Aus der Organisation – für die Organisation

Unser Mitteilungsblatt ist zur Zeit das wichtigste Bindeglied zwischen unseren Kameraden. Neben allgemeinen politischen Informationen und Stellungnahmen wollen wir in ihm auch von Zeit zu Zeit, und soweit es der geringe zur Verfügung stehende Platz zuläßt, auf Fragen der praktischen Arbeit eingehen.

Wir wissen, daß unser organisatorischer Unterbau noch garnicht so intakt oder so funktionsfähig ist, wie wir das wünschen. Das liegt ganz einfach daran, daß wir auf keiner Organisationsbasis einen „Apparat“ besitzen und alle Arbeit unter großer Opferbereitschaft der beteiligten Kameraden „so nebenher“ gemacht werden muß. So sind auch unsere Arbeitsrichtlinien und Hinweise noch nicht ausreichend bekannt. Heute wollen wir aus diesen einige herausgreifen, die für die praktische Arbeit von einiger Bedeutung sind, insbesondere auch im Hinblick auf die Werbung neuer und jüngerer Kameraden.

Überall, wo die örtlichen Verhältnisse günstig sind und interessierte Kameraden diese Anregungen aufgreifen könnten, sollten Arbeitsgruppen für Sport, Technik und politische Bildung aufgebaut werden. Notwendig ist möglicherweise die Bemerkung, daß wir jetzt keineswegs in alter Art wie vor 1933 auftreten wollen. Das Versammlungsgesetz verbietet das Tragen von Uniformen als Ausdruck gemeinsamer politischer Gesinnung. Heute müssen die Formen einer wirkungsvollen Betätigung den Verhältnissen angepaßt sein:

1. Die Sportgruppen

Die Sportgruppen können sich folgenden Aufgaben widmen:

(Wir nennen nur einige Beispiele)

- Verteidigungsgruppen für Judo, Karate usw.
- Schützengruppen für Kleinkalibersport

- Trainingsgruppen zur Erlangung des Sportabzeichens

- Segelflug- oder Wassersportgruppe (wo dies örtlich möglich ist).

2. Die technischen Gruppen

Die technischen Gruppen können für folgende Neigungen aufgestellt werden:

- Motortechnische Gruppen für Motorrad und Pkw
- Nachrichtentechnische Gruppen (Funken, Sprechfunk, Morsen, Tonband- und Schmalfilmdokumentation)
- Modellbaugruppen

3. Die Gruppen für politische Bildung

Die Gruppen für politische Bildung sollten die Aufklärungs- und Agitationstätigkeit und insbesondere die staatsbürgerliche Arbeit unseres Bundes tragen. Für sie können folgende Organisationsformen gewählt werden:

- **Kurse, Arbeitsgemeinschaften und Seminare** für politische Bildung in Verbindung mit den Landeszentralen für politische Bildung oder über den Bundesvorstand auch über die Bundeszentrale für politische Bildung oder anderen ähnlichen Institutionen.

- **Diskussionsrunden**, wie zum Beispiel: „Politik von Heute“ „Politik im Fernsehen“ „Kommunalpolitik“

- **Agitationsgruppe für aktive Öffentlichkeitsarbeit** unseres Bundes mit spezieller Aufgabenstellung,

- **offensive Agitation** mit Autokorso oder mit Hilfe von Diskussionsständen auf öffentlichen Plätzen, Leserbriefe an Zeitungen, Mithilfe bei örtlichen Hilfs- und Spendenaktionen,

- **öffentliche Werbeveranstaltungen**

Es sind dies eine Fülle von Möglichkeiten unserer Arbeit, die in ihrer Aufzählung

keinen Anspruch auf Vollzähligkeit erhebt.

4. Sonstige Gruppen

Nach den örtlichen Gegebenheiten könnten auch **Spielmannszüge** gebildet werden.

Da im Gegensatz zu der Zeit vor 1933 heute den Frauen die Mitgliedschaft im Bunde offen steht, was noch viel zu wenig bekannt ist, könnten diese auch zu besonderen Frauengruppen zusammengeführt werden, sofern die Frauen nicht schon ohnehin z. B. in der politischen Bildungsarbeit mit tätig sind.

Für alle Kameraden wird es nun an ihrem Ort die Aufgabe sein, mindestens den Versuch zu unternehmen, die gemachten Vorschläge in die Praxis umzusetzen. Das wird nicht leicht sein. Aber wir vertrauen auf die Beweglichkeit, den Einfallsreichtum vieler unserer Kameraden, die zuerst vielleicht mit dem Mittel einer gewissen Improvisation die Voraussetzungen für die Bildung bestimmter Gruppen schaffen können. Alle Kameraden sind sich sicher bei diesem Tun bewußt, daß nur in mühevoller Kleinarbeit ein Mosaiksteinchen zum anderen gesetzt werden kann, um zum Ganzen, zu einem Erfolg zu kommen. Schwierigkeiten sind aber da, um überwunden zu werden.

Der hier und da schon mit Erfolg gemachte Versuch, unsere oft nur sehr intern unter den Mitgliedern geführte Arbeit unseres Bundes mehr in die Öffentlichkeit zu tragen, paßt genau in die Zielsetzungen, die wir mit unseren heutigen Anregungen gegeben haben. Denn – das oft nur in Erinnerung an eine ehrenvolle Tradition geübte Zusammensein führt uns nicht weiter, macht uns nicht stärker. Und nun an die Arbeit! (Für weitere Anregungen und auch Kritik sind wir dankbar, ja wir warten geradezu darauf. Die Red.).

Politische Schizophrenie

A. M. In der letzten Nummer unseres Blattes war von der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes mit Schulterband und Stern an den spanischen Informationsminister Manuel Fraga Iribarne, also an den Repräsentanten einer faschistischen Diktatur berichtet und daran die Feststellung geknüpft worden, wie unglaublich sich Demokratien machen können, wenn sie eine Diktatur hofieren, wie es z. B. in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg nur zur Genüge geschah.

Jetzt geht durch die Presse die interessante Mitteilung, daß die Sowjets an Martinez Bordiu, Francos Schwiegersohn, eine hohe medizinische Auszeichnung verliehen haben. Das ist politische Schizophrenie. Die deutschen Linksextremisten erhoben seiner Zeit neben der berechtigten Kritik deutscher Demokraten, ein heuchlerisches Geschrei, als die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an den spanischen Minister bekannt wurde; ausgerechnet sie gebärdeten sich als die Gralshüter der Demokratie. Sie vergaßen schamhaft, daß ihre Gesinnungsfreunde noch kurz vor 1933 Seite an Seite mit den Nazis die demokratischen Kräfte der Weimarer Republik bekämpften und damit eben diese Kräfte schwächten, die der Welt die Tragödie des zweiten Weltkrieges hätten ersparen können.

Dieser Tage hatten einige unserer Kameraden Gelegenheit, die Leute von der DKP mit diesen Tatbeständen zu konfrontieren. An einem Informationsstand dieser Partei in einer rheinischen Großstadt, erklärten junge DKP-Leute, sehr arrogante Studenten, nach der Ordensverleihung an Francos Schwiegersohn befragt, das sei eben nur Taktik, genau wie bei dem freundlichen Empfang des autokratischen Herrschers aus dem Iran in Moskau. Sie schwiegen verwirrt, als man ihnen dann sagte, es sei dann eben auch wohl nur Taktik, wenn man jetzt nach bekannter Manier Zweckbündnisse mit den sonst als „Sozialfaschisten“ und als „Verräter an der Arbeiterklasse“ beschimpften Sozialdemokraten und anderen entschiedenen Demokraten in der Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus anstrebe. Daß es mit der Taktik so seine Bewandnis hat, wissen wir zur Genüge und werden es überall, wo es notwendig ist, aufklärend und laut und deutlich immer wieder sagen. Wo man sich gegen Rechtsextremisten wenden muß, bedarf es keiner Schützenhilfe durch Linksextremisten. Wenn sie sich aufdrängen, und das ist ihre Methode, sind sie entschieden abzuweisen.

Mit dem gleichen Unmut sehen wir aber auch die rechtsextremistischen Umtriebe in manchen Verbänden. Werden diese eigentlich noch lange von Mitgliedern dieser Verbände, die ebenso Mitglieder oder Anhänger demokratischer Parteien sind, hingenommen? Man kann nicht zusammen mit Rechtsextremisten für bestimmte nationale

Interessen eintreten. Demokraten können sich weder mit Links- noch mit Rechtsextremisten zu gemeinsamem politischen Handeln zusammentun. Das wäre politische Schizophrenie. Und die demokratische Glaubwürdigkeit würde dazu auch noch in Frage gestellt!

Briefkasten

J. K. Remagen: Daß sich das Denkmal Ferdinand Freiligrath, des Schöpfers unseres Bundesliedes „In Kümmernis und Dunkelheit...“ in Rolandseck am Rhein am Aufgang zum Rolandsbogen, in einem skandalösen, in einem verwahrlosten Zustand befindet, ist uns bekannt. Vielleicht kümmert sich endlich die zuständige Gemeindebehörde darum oder auch der Denkmalpfleger des Landes Rheinland-Pfalz.

W. S. Bonn: Sie haben richtig gehandelt, wenn Sie sich weigern, als Zeitungshändler vom Grossisten rechtsextremistische Zeitungen ohne Bestellung abzunehmen. Wenn Sie Schwierigkeiten bekommen, schreiben Sie uns wieder; die Hintergründe interessieren uns.

W. B. Hamburg 71: Sie meinen, tausende ehem. Reichsbannerleute und die demokratische Jugend warten auf die Begründung eines Republikanischen Schutzbundes als Nachfolgeorganisation des Reichsbanners. Nun, das Reichsbanner als Bund aktiver Demokraten ist wieder da. Wenden Sie sich an unsere Hamburger Freunde.

W. R. Hamburg 22: Nein, wir machen nicht in primitivem Antikommunismus. Wir haben schon Lehren aus der Geschichte gezogen. Für uns gibt es aber in keiner Form ein Zusammengehen mit dem Links- oder Rechtsextremismus. Den übersandten Artikel aus den „Jungen Menschen“ Nr. 8/1926 besaßen wir ebenfalls im Archiv.

„Wir bejahen uneingeschränkt das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf Kritik an den bestehenden Verhältnissen. Dieses Recht findet eine Grenze nur dort, wo die Rechte anderer verletzt werden. Wir werden aber gegen jeden Versuch, die demokratische Ordnung zu beseitigen, entschieden Widerstand leisten.“

Dem politischen Extremismus von links und rechts sagen wir den Kampf an. Wir werden die politische Auseinandersetzung mit den Extremisten überall führen.

Dort, wo organisierte Gruppen und Parteien die Verfassungsrechte mißbrauchen, um die Demokratie zu zerstören, werden wir alle rechtlichen Möglichkeiten zu ihrer Bekämpfung nutzen.“

(Aus dem „Regierungsprog. d. SPD“ 17.4.1969 Bad Godesberg)

UNSERE GLOSSE

„Folgend dem Ruf des Führers“

Wenn diese Bemerkungen erscheinen, ist hoffentlich ein Kapitel positiv abgeschlossen, das eine bundesdeutsche Kleinstadt in ein merkwürdiges Licht gerückt hatte. In dieser Stadt sollte ein Gymnasium nach einer ostdeutschen Schriftstellerin benannt werden, die zwar nicht der NSDAP angehört hatte, die u. a. aber vom Gröfaz Adolf Hitler wie folgt schwärmte:

„Und er lehrte dich, o Volk erkennen: Du bist aller Zukunft Herz und Pfand! Wenn aus Deinem First die Flammen steigen, wird des weißen Mannes Welt entbrennen, wenn sich deine Sonnenfahnen neigen, sinkt die Nacht über das Abendland! Laß in deine Hand, Führer, uns vor aller Welt bekennen: Du und wir, nie mehr zu trennen, stehen ein für unser deutsches Land!“

Und nun ergaben sich so seltsame Übereinstimmungen in der Beurteilung dieser „großen“ Schriftstellerin, daß wir im Interesse der Betroffenen hierüber lieber den Mantel der Liebe decken möchten. Und der Berliner Publizist Friedrich Luft schrieb an die rebellierenden Schüler, die sich gegen die Benennung wandten: „Warum nennt man eure Schule nicht gleich Horst Wessel-Gymnasium? Der war doch nun ein wirklich prima Nazi auch – und ein ähnlich mieser Poet dazu!“ Die politische Konstellation im zuständigen Kreistag hätte die Gewähr dafür geboten, einen Schildbürgerstreich zu verhindern. Hätte, meinen wir. Ob der gesunde Menschenverstand und der politische Instinkt ausreichend waren, darüber können wir erst demnächst berichten. Aber vorausgesetzt, daß noch nichts Dummes passiert ist, könnten sich die legitimierte Bürger doch noch überlegen, ob sie die Schule nicht nach dem deutschen Träger des Friedensnobelpreises Carl von Ossietzky benennen sollten – ein großartiger Schulpatron übrigens und keine zweifelhafte Ehre für die Stadt dazu.



Mitteilungen
des
Bundesvorstandes
der
Landesverbände
und Ortsvereine

Wegen eines vorverlegten Redaktions-
schlußes konnten später eingegangene
Versammlungsanzeigen nicht mehr be-
rücksichtigt werden. Wir bitten um Ver-
ständnis.

Wir empfehlen schon jetzt allen Orts-
vereinen usw. für die Delegationen zur
II. Bundeskonferenz eine Sparkasse an-
zulegen.

Bremen/Weser-Ems

Jugendbund Bremen:

Für die 14tägige Ferienfahrt nach Bel-
gien Mitte Juli dieses Jahres bitten wir alle
interessierten Kameraden sich sofort beim
Kameraden Christoph Lange, Bremen, Siel-
wall 68 zu melden. Unser Gruppenabend
ist jeden Mittwoch im Jugendheim Neu-
stadt, Geschworenenweg. Bringt neue
Freunde mit. Beginn 19.30 h

Hamburg

Unsere Bemühungen die Organisation in
Hamburg weiter auszubauen gehen weiter.
Viele ehem. Kameraden und auch neue
Freunde zögern noch, weil sich die demo-
kratischen Parteien immer noch reserviert
verhalten. Wir hoffen jedoch in zäher
Kleinarbeit weiterzukommen. Die Entwick-
lung der politischen Verhältnisse wird uns
Recht geben. Alle ehem. Kameraden, die
ihre Mitgliedschaft erneuern wollen, mel-
den sich bei Kurt Clasen, 205 Hamburg 80,
Billgrabendeich 21, Tel. 7242495. Auch
neue Freunde wollen sich dort informieren.
Das Büro befindet sich bei Arnold Wendt,
2 Hamburg 73 Rahlstedt, Mehlandsredder
37b, Telefon 6773265.

Baden-Württemberg

Heidelberg:

Neue Freunde und alte Kameraden mel-
den sich bei Max Franke, 69 Heidelberg,
Langgarten 21.

Hessen

Hersfeld-Rotenburg/Fulda

Frühere Mitglieder melden sich zur Wie-
derbelebung ihrer alten Mitgliedschaft bei
den Kameraden Jakob Schmidtkunz, 5308
Melsungen, Höhenweg 25 und Helmut
Eckert, 6442 Rotenburg an der Fulda, Brei-
tenbacherweg 26b, Telefon 574. Dasselbst
auch Informationen und Anmeldungen für
neue Kameraden.

Nordrhein-Westfalen

Beitragsmarken und Abrechnungen ab
1969 über den Kameraden Adolf Prangen-
berg, 53 Bonn, Flensburger Straße 68,
Girokonto Städt. Sparkasse Bonn 76422
w/Reichsbanner.

**FREIHEITSBUND e. V.
Landesverband Berlin**

Ab 1. Mai 1969 befindet sich die Ge-
schäftsstelle in Berlin 31 (Wilmerdorf)
Livländische Straße 6, Telefonanschluß
unverändert: 87 29 08.

Wir bitten um Beachtung.

Fragen an unsere Leser in eigener Sache

Unser Mitteilungsblatt ist noch beschei-
den in der Aufmachung, im Umfang und
was den Inhalt angeht. Das hängt von vie-
len Faktoren ab, auf die wir noch keinen
Einfluß haben. Je mehr feste und zahlende
Bezieher wir haben und je stärker unsere
finanzielle Kraft wird, umso besser kann
auch unser Blatt werden. Allerdings kön-
nen wir auch in Zukunft keine Honorare für
redaktionelle Beiträge zahlen und die re-
daktionelle Arbeit wird auch weiterhin
ehrenamtlich verrichtet werden.

Aber die Redaktion bittet unsere Leser
um Vorschläge für die Verbesserung und
eine noch größere Verbreitung unseres
Blattes. Geben Sie uns bitte eine Antwort
auf die folgenden Fragen (Vor die Antwort
genügt die Angabe der Nummer der Fra-
ge; auch Kritik ist uns in jedem Falle
nützlich):

1. Frage: Sind Sie bei monatlichem Er-
scheinen des Blattes für einen bestimmten
festen Erscheinungs- und möglichst auch
Versandtermin und welchen?

2. Frage: Wie erhalten Sie das einzelne
Mitteilungsblatt, durch die Post, in der Mit-
gliederversammlung, oder über wen und
wann?

3. Frage: Sind Sie mit den behandelten
Themen einverstanden oder welche Fragen
möchten Sie noch behandelt wissen?

4. Frage: Sind die bisherigen Beiträge zu
lang oder zu kurz, zu theoretisch oder nicht
genügend informativ?

5. Frage: Sind Sie bei einem festen Er-
scheinungsdatum für die Veröffentlichung
eines Versammlungskalenders und sonsti-
ger organisatorischer Mitteilungen?

6. Frage: Würden Sie Kurzbeiträge (und
welcher Art?) schreiben unter der Voraus-
setzung, daß die Veröffentlichung jeweils
vorbehalten bleiben muß?

7. Frage: Sind Sie für die Beibehaltung
des Namens unseres Blattes, oder würden
Sie einen neuen Namen und welchen vor-
schlagen?

8. Frage: Könnten Sie Kleinanzeigen für
unser Blatt aus Ihrem Ort vermitteln?

9. Frage: Würden Sie in der Lage sein,
regelmäßig einen Betrag, gleich in wel-
cher Höhe (außer dem Bezugspreis) in
einen Finanzierungsfonds für unser Blatt
einzuzahlen und in welcher Höhe?

10. Frage: Was halten Sie von einer
Werbeaktion und wie könnte sie gestaltet
werden, ohne viel zu kosten?

11. Frage: Welche Ratschläge könnten
Sie uns sonst noch geben?

**Nochmals: Schreiben Sie bestimmt an
die Redaktion: 53 Bonn, Nikolausstraße
17 II. Und das recht bald! Geben Sie dabei
bitte an, in welchem Ort Sie Mitglied sind.**

Das Reichsbanner

Offizielles Organ des Reichsbanners
Schwarz-Rot-Gold,

Bund aktiver Demokraten e. V. und
des Freiheitsbundes e. V., Berlin

Nr. 4 April 1969 - 13. Jahrgang

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold,
Bundesvorstand, 6 Frankfurt am Main, Reineckstr. 7,
Telefon: (0611) 29 41 61.

Verantwortlicher Redakteur: August Kerger,
53 Bonn, Nikolausstraße 17/II,
Telefon: (02221) 22 97 15

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung:

IVW Industrie- u. Verkehrswerbung GmbH & Co. KG.,
6000 Frankfurt am Main,

Fürstenberger Straße 157, Telefon: (0611) 55 80 36

Druck: Hermann Meister KG, Heidelberg

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stel-
len nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der
Redaktion dar. - Für unverlangte Manuskripte, de-
nen wir Rückporto beizufügen bitten, keine Gewähr.
Alle Manuskripte und sonstige Leserschriften sind
an die Redaktion: 53 Bonn, Nikolausstraße 17, zu
richten.

Leverkusen	Bonn
Gaststätte Josef Karp Petersbergstr. 41 Telefon 7 13 62	Gaststätte „Im Salzrümppchen“ Hundgasse 20 Telefon 3 73 74